

Pressemitteilung
Bund Demokratischer
Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)



Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen
und Wissenschaftler / BdWi
Gisselberger Str. 7, 35037 Marburg
Tel.: 0049 (0) 6421 21395
bdwi@bdwi.de, <http://www.bdwi.de>

BdWi unterstützt bundesweiten Hochschulaktionstag:

Gegen Kürzungen und Prekarisierung

Der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) erklärt seine Unterstützung für den bundesweiten Hochschulaktionstag am 28. Januar 2026. An mehr als 60 Hochschulstandorten in Deutschland protestieren Studierende, Lehrende und Beschäftigte gemeinsam gegen Kürzungen, chronische Unterfinanzierung und den fortschreitenden Abbau wissenschaftlicher Strukturen.

Marburg, 27.01.2026

bdwi@bdwi.de

„Die aktuellen Entwicklungen bedrohen nicht nur einzelne Fächer, sondern die Grundlagen der Wissenschaft insgesamt. Allein in Hessen führt der Hochschulpakt zu einer Kürzung um eine Milliarde Euro in den Haushalten der Hochschulen.“ erklärt Sandro Philippi, Mitglied des BdWi-Vorstands und verdeutlicht: „Während Gebäude verfallen, sind die Arbeitsbedingungen an Hochschulen prekär. Knapp 80 Prozent der Forscher*innen im Mittelbau sind befristet beschäftigt. Der bundesweite Sanierungsstau im Hochschulsektor wurde von der Finanzbehörde Hamburg jüngst auf 140 Milliarden Euro geschätzt.“

„Forschung und Lehre dürfen nicht unter derartigen Bedingungen stattfinden. Wissenschaft muss ein offener und verlässlicher Berufs- und Bildungsweg sein – unabhängig von finanziellen Hürden oder sozialer Herkunft. Wissenschaft darf kein Privileg für jene sein, die es sich leisten können, sondern muss allen offenstehen. Dazu muss auch das BAföG reformiert werden. Aktuell erhalten nur 11 % der Studierenden diese Studienförderung. Sie reicht in den meisten Studierendenstädten nicht zum Leben. Schon allein die Wohnpauschale erweist sich in der Realität als unzureichend. So wird Studieren zur Armutsfalle“, so BdWi-Vorstandsmitglied Clara Betsch weiter.

Wenn die staatlichen Mittel für Hochschulen sinken, führt dies unmittelbar zu noch stärkeren Abhängigkeiten von der freien Wirtschaft und somit einem Vertrauensverlust in die Unabhängigkeit der Wissenschaft – etwas, das sich eine demokratische Gesellschaft nicht leisten kann.

Der BdWi fordert die Regierungen von Bund und Ländern auf, die Kürzungspolitik sofort zu beenden, die Hochschulfinanzierung strukturell zu sichern und gute Arbeitsbedingungen in Wissenschaft, Forschung und Verwaltung zu garantieren.

Marburg, den 27. Januar 2026